

RENTEN

Angebot an die Union

Rot-Grün will der Union im Streit um die Rente entgegenkommen. Anders als bislang angekündigt wird die Bundesregierung in diesem Jahr kein eigenes Konzept für eine Strukturreform der Alterssicherung mehr vorlegen. Darauf haben sich Bundeskanzler Gerhard Schröder und Arbeitsminister Walter Riester Ende November verständigt. Mit dem Verzicht will die Bundesregierung vermeiden, dass der noch vor Weihnachten geplante Rentengipfel zwischen Schröder und Unionschef Wolfgang Schäuble durch die Vorlage eines detaillierten Koalitionskonzepts belastet wird.

Regierung und Opposition rechnen mit langwierigen Verhandlungen. „Das kann ein mehrjähriger Diskussionsprozess werden“, prognostiziert Unions-Fraktionsvize Hermann Kues.

Die neue Konsenslinie der Regierung überdeckt zugleich Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Koalition. Während die Grünen das Rentenniveau durch einen so genannten Genera-



M. UEBAN



Riester, Rentner-Protest in Berlin

FROESE / CARO

tionenfaktor weiter absenken wollen, plädieren die Sozialdemokraten für die langfristige Sicherung eines Niveaus von 67 Prozent des Nettolohns. Weitgehend geeinigt hat sich die Koalition über die übrigen Bestandteile des Reformkonzepts: Sie will private Altersvorsorge durch steuerliche Anreize und Zuschüsse für Geringverdiener fördern sowie eine Mindestrente in Höhe der Sozialhilfe einführen. Auf die legt Riester besonderen Wert, seit ihm seine Experten eine deutliche Zunahme der Altersarmut in Ostdeutschland vorhersagen. Der Anteil der Rentner mit Einkommen unterhalb der Sozialhilfeschwelle von 1200 Mark werde dort bis zum Jahr 2020 von rund 10 auf 21 Prozent steigen.



Cresson

POLLET / SIPA PRESS

EUROPA

Gefälschte Berichte

Im Skandal um die Ex-Forschungskommissarin der EU, Edith Cresson, geraten jetzt auch hochrangige Brüsseler Beamte ins Zwielficht. Ihnen wird Dokumentenfälschung und Betrug vor-

geworfen. Die EU-Kommission hat ein Disziplinarverfahren gegen fünf ehemalige Mitarbeiter Cressons eröffnet, darunter sind ein stellvertretender Forschungsgeneraldirektor aus den Niederlanden und ein italienischer Abteilungsdirektor. Die belgische Justiz ermittelt. Es geht um gefälschte Tätigkeitsberichte des Zahnarztes und Cresson-Spezis René Berthelot, den die Kommissarin unter anderem als „Aids-Spezialisten“ zu einem Monatsgehalt von 14 000 Mark in EU-Dienste gestellt hatte. Die Berichte für 1995 und 1996 wurden offenbar erst 1998 angefertigt, als die Affäre ruchbar wurde. So wurde bei einem angeblich aus 1996 datierenden Bericht ein statistischer Anhang von 1997 gefunden. Auch Berthelot muss mit Konsequenzen rechnen: Er soll die Gehälter und Spesen in Höhe von 250 000 Mark zurückzahlen.

ZEITGESCHICHTE

Willige Professoren

Ex-Kanzler Helmut Kohl hat vor den letzten Bundestagswahlen Historiker und Politologen großzügig unterstützt, um seinen Ruf als Kanzler der Einheit zu mehren. Kohl hatte Anfang der neunziger Jahre Geheimakten des Kanzleramts freigegeben, die seine Rolle im Wendejahr 1989/90 in glanzvollem Licht erscheinen lassen sollten. Die Freigabe ist ungewöhnlich, denn eigent-

lich gilt eine 30-Jahre-Sperrfrist. Um eine genehme Interpretation der Akten sicherzustellen, durften nur ausgewählte Wissenschaftler, unter Leitung des Münchner Professors Werner Weidenfeld, die Unterlagen sichten; der Politologe hatte gelegentlich an Kohls Reden mitgeschrieben. Im Haushalt wurden für das Projekt 3,55 Millionen Mark aus dem Etat des Innenministeriums zur Verfügung gestellt, untergebracht in Kapitel 0602 des Haushalts. Die Bücher, so Weidenfeld, seien aber in „kritischer Unabhängigkeit geschrieben“ worden.



Schluesser

R. SONDERMANN

AFFÄREN

Hektische Suche

In der nordrhein-westfälischen Landesregierung und der Westdeutschen Landesbank (WestLB) haben Berichte über Flüge von Kabinettsmitgliedern auf Kosten der Bank hektische Suchaktionen ausgelöst. Trotz aller Dementis fahndeten neben Finanzminister Heinz Schluesser (SPD) auch weitere Regierungsmitglieder nach Flugunterlagen und Belegen. Die CDU im Landtag fordert weiter detaillierte Aufklärung. Ein „immenser Image-Schaden für die WestLB“, so Fraktionschef Laurenz Meyer, könne nur verhindert werden, „wenn die beiden für die Bank-Aufsicht zuständigen Kabinettsmitglieder, Schluesser und Wirtschaftsminister Peer Steinbrück, auf eine Offenlegung aller WestLB-Unterlagen zu Flügen von Regierungsmitgliedern drängen“.